## **Deutscher Bundestag**

**20. Wahlperiode** 26.01.2022

## Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU/CSU

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

Für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft – Transformation innovativ gestalten – Jahreswirtschaftsbericht 2022

Der Bundestag wolle beschließen:

## I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat kurzfristig die Gebäudeeffizienzförderung über die KfW-Programme vollständig gestoppt. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern setzen auf diese Bundesförderung, um ihr Heim energetisch zu sanieren oder weil sie sich den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen und diesen mit Klimaschutz verbinden wollten. Die Immobilienpreise sind vielerorts auf einem Rekordniveau und die Baustoffpreise ebenfalls. Vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesregierung, die gesamte Förderung über Nacht einzustellen, kontraproduktiv, respektlos und insgesamt ein falsches Signal.

Die Bundesregierung untergräbt damit fundamental langfristige Planungssicherheit und beschädigt Vertrauen. Energetische Sanierungen, Schaffung von neuem Wohnraum und Eigentumsbildung in der Breite der Bevölkerung gehören ganz oben auf die Agenda staatlichen Handelns. Wir brauchen mehr Wohnraum, mehr Eigentum und mehr Klimaschutz durch energetische Sanierungen und Neubauten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- den am 24. Januar 2022 verfügten vollständigen Förderstopp für energieeffiziente Gebäude und Bestandssanierungen mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen;
- 2. bereits gestellte Förderanträge schnell zu bearbeiten und beim Vorliegen der Voraussetzungen zu bewilligen;
- 3. Planungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Immobilienwirtschaft zu schaffen, indem eine solide, tragfähige und nachhaltige Folgelösung für die Förderung energieeffizienter Gebäude geschaffen wird;

 ein umfassendes Programm für klimaeffizientes Bauen aufzulegen, das Anreize und Ambition verbindet.

Berlin, den 26. Januar 2022

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

## Begründung

Die Entscheidung der Bundesregierung zum sofortigen und vollständigen Programmstopp für energieeffizienten Neubau und Bestandssanierungen von Gebäuden ist das falsche Signal für Klimaschutz und Planungssicherheit von Bauvorhaben. Das ist das Gegenteil dessen, was angesichts der enormen Herausforderungen im Gebäudebereich und beim Klimaschutz jetzt benötigt wird. Es bedarf verlässlicher politischer Rahmenbedingungen. Das Vertrauen zehntausender Antragsteller, insbesondere auch Familien, die sich ihren Wunsch von den eigenen vier Wänden verwirklichen wollen, wird mit diesem Vorgehen der Bundesregierung nachhaltig beschädigt. Daher müssen zumindest die bislang gestellten Förderanträge noch bearbeitet und beim Vorliegen der Voraussetzungen auch bewilligt werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, darüber hinaus zügig Planungssicherheit zu schaffen. Dafür werden konkrete Eckpunkte benötigt, was unter welchen Bedingungen in welchem Umfang künftig gefördert wird. Diese jetzt durch die Bundesregierung ausgelöste Verunsicherung führt ansonsten zum Wegfall von Neubauvorhaben und vieler notwendiger energetischer Sanierungen. Für alle Akteure braucht es eine klare Perspektive, um die notwendigen Kapazitäten für Wohnungsneubau und den klima- und altersgerechten Umbau aufzubauen.